

Frankenberger Tageblatt

532

Das Tagblatt erscheint an jedem Sonntag: Monats-Preispresse bei Abholung in den Verlagsstellen bei 2.00 RM., in den Verlagsstellen bei 2.10 RM., bei Abholung in den Verlagsstellen 2.15 RM., bei Abholung in den Verlagsstellen 2.20 RM.
Verlagsdruckerei: Ullrich & Co., Geschäftsnummer 20 1/2
Verlagsadresse: Ullrich & Co., Geschäftsnummer 20 1/2
Telefonnummer: 51. Telefaxnummer: 20 1/2

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreise: 1 Zeile für 1000 Zeichen (je 1000 Zeichen 70 Pf.)
Anzeigenpreise: 1 Zeile für 1000 Zeichen (je 1000 Zeichen 70 Pf.)
Anzeigenpreise: 1 Zeile für 1000 Zeichen (je 1000 Zeichen 70 Pf.)

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Göttha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwieja behördlicherseits bestimmte Blatt
Notationsdruck und Verlag: G. G. Hoffberg (Inh. Ernst Hoffberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Eiegert in Frankenberg

N: 293

Montag den 17. Dezember 1928 nachmittags

87. Jahrgang

Die deutsche Faust in Lugano

Das Echo der Stresemann-Rede

Die polnische Presse spuckt Gift und Galle

Was nun?

Die Verfassungen von Lugano haben mit der Fertigstellung eines Kommissariats der „Drei“ geendet, in dem uns verheißt wird, daß die Verhandlungen um Räumung und Reparationen im Geiste der Verständigung und Annäherung fortgesetzt und so schnell wie möglich zum Abschluß geführt werden sollen. Man soll die Bedeutung dieser Verhandlung weder unterschätzen noch überschätzen. Gewiß konnte man bei der in Lugano herrschenden miserablen Stimmung nicht von vornherein damit rechnen, daß überhaupt eine solche gemeinsame Kundgebung zustande käme. In der Kundgebung selbst aber ist nichts enthalten, was geeignet wäre, die schwere Sorge um die Zukunft dieser Verhandlungen zu vermindern. Wenn beispielsweise das sozialdemokratische Zentralorgan in Berlin jetzt wieder nach dem völligen Scheitern der diplomatischen Offensive des Reichslänglers Herrmann Müller neue Hoffnungen schöpft, dann ist dies lediglich durch nichts begründet.

In Berliner politischen Kreisen macht man besonders darauf aufmerksam, daß die Lage im Meinungsstreifen zwischen Stresemann und Brandt unermesslich fortbesteht. Man kann sogar sagen, daß sich in Lugano die Gesamtlage noch verschlechtert hat. Dem Frankfurter macht nach wie vor die Räumung von der Zustimmung Deutschlands zu der berückichtigten Schiedskommission abhängig. Selbst wenn man einmal für die Reparationsfrage die Möglichkeit einer Einigung trotz des mehr als merkwürdigen Verhaltens des Reparationsagenten Vorke anerkennt, bleibt für das polnische Problem der Rheinlandscheidung die unlösliche Schwebeliste, die in den französischen Forderungen nach Bereinigung der Kontrolle besteht. Deshalb dürfen die schmerzlichen Worte des Kommissariats der „Drei“ nicht darüber hinwegtäuschen, daß die sachliche Lösung der Rheinlandscheidung in Lugano um nichts gefördert worden ist, zumal auch der unerlöste Vorstoß Jaleffs mehr nach abschließlicher Zwittertracht als nach Befriedigung ausschaut.

Wenn Deutschland im Völkerbund überhaupt noch zu einer Geltung kommen wollte, dann war die temperamentvolle Abwehr Dr. Stresemanns gegenüber dem Unerschrockenheit des polnischen Außenministers Jaleff eine der letzten Gelegenheiten. Die polnische Mißbehaltungspolitik bildet schon seit Jahren eine ständige Erscheinung im Selbstverbreitungs des Völkerbundes. Dabei haben die Polen es bisher stets verstanden, durch die Aufbietung des ganzen internationalen juristischen Apparats Entschuldigungen hinauszuweisen und wo sie zu ihren Ungunsten stehen, durch Verwaltungsmaßnahmen zu sabotieren. So kam es, daß das Geheime Mißbehaltungsabkommen von 1923 in Wirklichkeit unanwendbar blieb. Ausserdem hat Polen durch wirtschaftliche Maßnahmen es verstanden, die eigenen Eltern zu schädigen, die es wanted, ihre Kinder in die Mißbehaltungsstellen zu schicken. Der Grundgedanke, daß alle die Mütter der Eltern für die Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft entscheiden kann, ist von Polen weder in Oberschlesien noch sonst wo anerkannt worden.

Jaleff dompte die Debatte über die Beschwerde des deutschen Völkerbundes im Rat zu einer Rede gegen das Verstecken, die ein Ausfluß reinen Hasses war. Man merkte ihm förmlich an, wie unheimlich es dem Polen ist, daß ihre ständige Mißbehaltungspolitik im vollen Maße der Weltöffentlichkeit bekannt wird. Daß Dr. Stresemann hier zu scharfer Abwehr griff, war die einzig mögliche Haltung. Die Vorwürfe, die er dem polnischen Kollegen ins Gesicht schleuderte, machten wegen der Ursprünglichkeit seiner Erregung einen starken Eindruck, insbesondere da Dr. Stresemann bei seinen improvisierten Reden die glücklichsten Momente hat. Trotz aller Erregung fand er sofort die diplomatische Möglichkeit heraus, diesen Vorfall zum Anlaß zu nehmen, die Mißbehaltungsfrage als solche grundsätzlich aufzurufen.

Das Europa von heute ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß in den meisten Staaten Nationalität und staatliche Grenzen nicht übereinstimmen. Insbesondere ist das Deutschland in zahllose große und kleine Teile zerstückelt worden. Man hat es von vornherein als eine notwendige Ergänzung dieser zerstückelten Verhältnisse, für Europa ein modernes Minderheitenrecht zu schaffen, das den Minderheiten die kulturelle Autonomie sichert. In einigen Staaten, so in Deutschland in manchen Ostprovinzen ist Vorbildliches in der Minderheitenpolitik geschehen. Andere Staaten bemühen sich, nachzukommen und wieder andere, besonders Rußland und Italien, treten in der Behandlung der Minderheiten die primitivsten Menschenrechte während mit Füßen. Dr. Stresemann hat mit Recht betont, daß der Völkerbund sich selbst aufreißt, wenn er die Minderheitenfrage als nebensächlich behandelt. Deshalb: war die deutsche Drohung zu hören, daß Deutschland die Voraussetzungen für seinen Eintritt in den Völkerbund erstattet hat, wenn der Völkerbund sich nicht zum Schutz der Minderheiten bekennt und Bindet, der eine keine Rolle für kommende Verhandlungen hat, bemühte sich, daß auf die Wogen zu gleichen und erklärte, daß es selbstverständlich niemandem im Völkerbund einfallen dürfe, die gebilligten Rechte der Minderheiten anzufassen zu wollen. Wenn allerdings die Minderheiten von den Verhandlungen der französischen Außenministers leben sollten, dann wäre es halb um sie geschehen. Die deutsche Politik muß deshalb führen, in der Minderheitenfrage prinzipiell anzuerkennen allgemeine Grundzüge zu finden, auf die sich die Völkerbundsstaaten verpflichten. Das neue Gerücht um das Erblichkeitsrecht der Nationen hat nicht den geringsten Wert, solange die deutsche Mißbehaltungspolitik einzelner Staaten, besonders Polen, jeder Humanität ins Gesicht schlägt.

Der Widerhall in Berlin

Berlin, 16. 12. Die Berliner Blätter nehmen zu dem Abschluß der Ratstagung und der Befreiungen der Außenminister ausführliche Stellung. Die „Germania“ spricht ihre Freude über das lebendige Eingreifen des deutschen Außenministers aus, der über die Hemmungen der Vorkonferenzen und die Sprache der Tatsachen gesprochen habe. Das könne der deutschen Stellung nicht schaden, sondern sei der einzig richtige Weg unser Ansehen rasch und endgültig wiederherzustellen. Es scheint, daß von Deutschland der Anteil auch für den Völkerbund kommen müsse, wenn er mehr werden sollte als nur das veraltete Werkzeug einer überlebten Politik.

Die „Börse“ ist der Meinung, das deutsche Volk sei auch in demjenigen Kreise, die dem Grundgedanke der Stresemannschen Außenpolitik skeptisch gegenüberstehen, für sein mannhaftes Auftreten gegenüber Polen zu Dank verpflichtet. Es werde sich zeigen, daß ein hartes Wort und eine geballte Faust im richtigen Augenblick von größter Wichtigkeit auf die Welt seien, als tausendmal bezwungenen Versöhnungs- und Erfüllungswille. Der Breiherd, mit dem die Ratstagung für Deutschland auf diese Weise geschlossen habe, dürfte nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein positives politisches Ergebnis der Verhandlungen von Lugano nicht für uns gewünscht werden könne. Der „Postenzeitung“ stellt fest, daß das Abschlußkommuniqué nicht mit einem einzigen Worte auch nur eine Andeutung enthält, daß seit dem 16. September die angeschnittenen Probleme irgendwie einen Fortschritt erfahren hätten. Weiter hebt das Blatt hervor, daß die starke Empörung mit der Dr. Stresemann dem sorgfältig vorbereiteten Dolmetsch des polnischen Außenministers gegen die deutschen Minderheiten in Oberschlesien entgegengetreten sei, endlich einmal das widerwärtige Gauselspiel, das gewisse Mächte sich im Völkerbund und außerhalb des Völkerbundes mit dem wehrlos gemachten Deutschen Reich herausnehmen zu dürfen glaubten, vor aller Welt bis auf den Grund enthüllt habe.

Ganz Schlesien erregt über die Zumutungen Jaleffs

Breslau, 16. 12. Der Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Jaleff im Völkerbundsrat hat in ganz Schlesien wie eine Bombe eingeschlagen. Die Erregung über die Zumutungen des polnischen Außenministers ist außerordentlich groß, aber ebenso groß die Freude darüber, daß der deutsche Außenminister den anmaßenden Worten des polnischen Außenministers so entschieden entgegengetreten ist. Eingehend nehmen die großen Breslauer Zeitungen zu diesem Zusammenstoß der beiden Außenminister Stellung. Der deutsche Außenminister habe so geschrieben die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ mit seinen Ausführungen in der Schlichtung des Völkerbundsrates ein Problem zur Sprache gebracht, das seit Jahren, namentlich in Ostdeutschland zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gegeben habe.

Großer Jörn in Polen

Warschau, 16. 12. Die Mehrheit der Warschauer Blätter befaßt sich vorläufig darauf, die Meldungen über die Rede Stresemanns in Lugano kommentarlos wiederzugeben. Nur einige Blätter fügen den von Maßlosigkeit strotzenden Berichten ihrer Korrespondenten kurze Kommentare an. Die „offizielle „Epoka“ schreibt, Dr. Stresemann habe gegenüber den sachlichen und vollkommenen der Wahrheit entsprechenden Ausführungen Jaleffs gänzlich die Nerven verloren. Ton und Inhalt seiner Rede seien zu maßlos gewesen, wie es der Völkerbund noch nie erlebt habe. Sachliche Argumente habe Stresemann nicht vorgebracht, weil er vermutlich selbst gewußt habe, daß die von Jaleff sofort widerlegt werden könnten. „Kurzer Voranruf“ führt sein Kommentar auf die Behauptung zu, Stresemann habe durch sein brutales Verhalten bewiesen, daß er sich als Vertreter des Oberschlesischen Volksbundes fühle. Daraus könne man ganz klar sehen, daß dieser Volksbund ein Ge-

schäft Deutschlands auf polnischem Boden sei. In dem gleichen Tone spricht sich auch der „Express Voranruf“ aus, während „Glos Brandy“, das bisher Anführer womöglich noch übertrifft, indem er erklärt, daß das Eintreten Stresemanns für die hochverratene Spijnagelaktion des Oberschlesischen Volksbundes jedem ehrlich gesinnten Menschen einen üblen Nachgeschmack hinterlassen müsse. (!!!) Der Volksbund werde jetzt nur umso unerschämter werden. Polen erhalte durch das ungeschämte Auftreten des deutschen „Vorankommens“ bedeutsame Hinweise, die es nicht verpassen dürfe.

Der Wortlaut der Stresemann-Rede

Lugano, 16. 12. Wegen der besonderen Bedeutung geben wir nachstehend den Wortlaut der Erwiderung Dr. Stresemanns auf die Entwürfe Jaleffs wieder, den wir bereits am Sonntagabend im Auszuge gebracht haben:

„Herr Präsident! Mit größtem Erstaunen bin ich der Rede des Vertreters Polens gelauscht, und ich bedauere, nichts anderes sagen zu können, als daß aus dieser Rede der Geist des Hasses gesprochen hat gegen die Minderheiten, und daß sie aufgerufen hat zum Kampfe gegen die Menschen, die von dem Recht Gebrauch machen, das ihnen durch den Völkerbund garantiert worden ist, durch den Völkerbundsrat, der hier versammelt ist. Es kann sein, daß die einzelnen hier behandelten Fragen nicht von entscheidender Bedeutung sind.

O nein, Herr Jaleff! Ich meine Minderheiten lassen kann in meiner Sprache und in der Kultur meines Volkes — das mag für Sie ziemlich gering sein im Vergleich zu Handelsvertragsverhandlungen oder Forderungen. Aber es handelt sich um einen Teil des menschlichen Rechts, das den Minderheiten vom Völkerbund zu ihrem Recht gegeben ist. Wie können Sie erklären, daß es „unerhörbar“ ist, wenn eine Minderheit in Oberschlesien von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat? Wie können Sie dazu, zu sagen, daß unsere Zeit hier durch

Ein französischer Appell für die Revision des Versailler Vertrags

„An den gesunden Menschenverstand“

Paris, 17. 12. (Zuspruch) Die Pariser Zeitschrift „Evolution“ veröffentlicht einen Appell an den gesunden Menschenverstand“ der sich für eine allgemeine Revision des Versailler Vertrags richtet. In diesem Appell, der von 134 französischen Persönlichkeiten, darunter Wissenschaftler, Universitätsprofessoren und Generäle unterschrieben ist, heißt es u. a., daß der Kelloggspakt nur dann etwas wert sei, wenn die Mächte, die ihm beigetreten sind, zur allgemeinen Abrüstung entschlossen seien. In Europa werde seit dem Ende des ersten Weltkrieges, so lang nicht die Eiterbeulen Rheinlandscheidung, Anschluß, Danziger Korridor, Minderheiten usw. aufgehoben seien. Wenn die Völker den Ball voll wirksam machen wollten, müßten die Grundlagen des Friedens seit dem Waffenstillstand geändert werden. Es gebe nur einen einzigen Weg, nämlich die Revision aller Verträge, die bei heilestem Tageslicht vom Völkerbund geführt werden. Die Verträge von 1919 seien unter Bedingungen abgeschlossen, die mit den elementarsten Gesetzen der Gerechtigkeit im Widerspruch ständen. Die Beteiligten hätten ihre Zustimmung zu der Entschlossenheit auf das Verbrechen hin gegeben, daß der kommende Frieden auf den 14 Punkten Wilsons gegründet werde. Diefem Verbrechen sei nicht Rechnung getragen worden. In gewissen Punkten hätten die Mächte diese Formel verlegt.

Die Verträge seien den Mittelmächten diktiert worden. Durch Artikel 231 des Versailler Vertrages hätten die Sieger die Mittelmächte,

gezwungen, ohne selbst deren Verbrechen anerkennen zu wollen sich als die Kriegsschuldigen anzuerkennen. Eine Revision der Verträge der Ungerechtigkeit und der Gewalt sei nötig. Sie könne zwar hinausgeschoben aber nicht vermieden werden. Sie werde erfolgen, weil die Notwendigkeiten der internationalen Wirtschaft die nationalen Egoismen umwerfen und weil die Vereinigten Staaten, denen das Gold die Herrschaft über die Welt gebe, Interesse daran haben, das erste freie Leben Europas zu erneuern. Die Revision sei unummeidlich weil von allen Punkten des Horizonts die Wahrheit in Anmarsch sei und nichts sie aufhalten könne. Ihre Durchsetzung werde entweder auf friedlichen Wegen erfolgen, weil die Völker es wollen, oder aber wenn sie sich weigerten und sie sich auf blutigen Methoden der Staatsräuberei und Generalkrieg verließen, durch die Waffen.

Deutsche Naturallieferungen für die französischen Kolonien

Paris, 17. 12. (Zuspruch) Die Finanzkommission des Senats berätete in ihrer Sitzung am 16. Dezember die Finanzierung der Naturallieferungen der französischen Kolonien und nahm mit 18 gegen 5 Stimmen ohne Aussprache die Erhöhung der Abgabensätze an. Weiter wurde ein Antrag angenommen, durch den ein Teil der mit deutschen Naturallieferungen auszufüllenden öffentlichen Arbeiten der französischen Kolonien vorbehalten werden soll.